



INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
NIEDERÖSTERREICH



INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
OBERÖSTERREICH

INDUSTRIEMANIFEST 2026

**„Powering Progress – Für einen starken
Produktionsstandort Österreich“**

**Gemeinsame Erklärung der Bundesländer Niederösterreich und
Oberösterreich sowie ihrer Industriellenvereinigungen**

Unterzeichnet von:

- Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau von Niederösterreich
 - Thomas Stelzer, Landeshauptmann von Oberösterreich
 - Kari Ochsner, Präsident der Industriellenvereinigung Niederösterreich
 - Thomas Bründl, Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich
-

Präambel

Die Industrie ist das wirtschaftliche Fundament der Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich – und damit ein zentraler Treiber für Beschäftigung, Innovation und Wohlstand in ganz Österreich.

Die Sachgüterindustrie in beiden Bundesländern erbringt zusammen **43 Prozent der industriellen Wertschöpfung Österreichs**. Gemeinsam mit den industrienahen Dienstleistungen erwirtschaften die Industriebetriebe in beiden Bundesländern jährlich eine Bruttowertschöpfung von **120 Milliarden Euro** und sichern damit **mehr als 800.000 Arbeitsplätze**, 300.000 davon direkt in der Herstellung von Waren. Rechnet man die indirekten Effekte mit ein, hängen in Österreich rund **1,6 Millionen Beschäftigungsverhältnisse** an der Stärke der Industrie in Nieder- und Oberösterreich. Jedes dritte Beschäftigungsverhältnis der österreichischen Volkswirtschaft wird damit von der Industrie in Oberösterreich und Niederösterreich gesichert.

Beide Regionen verfügen über eine breit diversifizierte industrielle Basis: Vom Maschinen- und Anlagenbau, Fahrzeugbau, die Bauindustrie über die chemische Industrie, Kunststoff- und Metallverarbeitung bis hin zur Elektronik und IT - Industrie, Lebensmittelproduktion, Papier- und Zellstoffindustrie sowie innovativen Umwelt- und Energietechnologien.

Diese Branchenvielfalt bildet nicht nur die Grundlage für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie, sondern schafft auch hochwertige Arbeitsplätze mit überdurchschnittlicher Produktivität und starker regionaler Wertschöpfung.

In einer Zeit tiefgreifender Transformation – getrieben durch Dekarbonisierung, Digitalisierung, geopolitische Verschiebungen und demografischen Wandel – stehen die industiestarken Regionen Europas besonders unter Druck. Gleichzeitig bieten sich enorme Chancen für Standortentwicklung, Technologieführerschaft und resilenter Wertschöpfungsketten.

Gerade jetzt braucht es Mut zu Reformen, langfristige Standortstrategien und ein starkes industrie-politisches Bekenntnis.

Mit diesem Manifest bekennen sich die Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich, gemeinsam mit den Industriellenvereinigungen beider Länder, zu einer aktiven Industriepolitik im Dienst von Beschäftigung, Innovation, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit – über Ländergrenzen hinweg und mit dem klaren Ziel: den Industriestandort Österreich nachhaltig zu stärken.

I. Grundsätze des gemeinsamen Handelns

Die Unterzeichnenden verpflichten sich zu folgenden Leitprinzipien:

1. Standortsicherung

Wir bekennen uns zu einer starken, breit aufgestellten Industrielandschaft als Fundament für Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit.

2. Stabile öffentliche Finanzen

Die Unterzeichnenden bekennen sich zu stabilen öffentlichen Finanzen sowie einer sinkenden Steuer und Staatsausgabenquote als Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Planbarkeit.

3. Kooperation über Landesgrenzen hinaus

Niederösterreich und Oberösterreich bilden gemeinsam einen industriellen Raum. Wir arbeiten eng abgestimmt und überregional an Lösungen.

4. Technologieoffenheit und Innovationsorientierung

Alle industriepolitischen Maßnahmen sollen innovations- und ergebnisoffen gestaltet werden, mit Fokus auf nachhaltige und international wettbewerbsfähige Technologien.

5. Wirtschaftliche Freiheit und unternehmerische Verantwortung

Wir setzen auf marktwirtschaftliche Mechanismen, planbare Rahmenbedingungen, Unternehmertum und eine Politik, die Chancen eröffnet statt Hindernisse schafft.

6. Nachhaltigkeit und Transformation

Industriepolitik muss ökologische, ökonomische und soziale Ziele verbinden und den Wandel aktiv gestalten, nicht verwalten.

II. Kurzfristig wirksame Maßnahmen für einen starken Industriestandort

Einführung gezielter Sonderabschreibungen

Um dringend notwendige Investitionen in Digitalisierung, Automatisierung und Energieeffizienz rasch auszulösen, sollen befristete Sonderabschreibungen eingeführt werden. Diese erleichtern Unternehmen die Kapitalbildung, stärken ihre Wettbewerbsfähigkeit und sorgen für kurzfristig wirksame Investitionsimpulse im Industriestandort Österreich.

Entlastung von Überstunden

Zur raschen Steigerung der Arbeitsflexibilität braucht es eine deutliche steuerliche Entlastung von Überstunden. Die Bereitschaft, über das vereinbarte Vollzeitstundenmaß zu arbeiten, soll mittels niedrigerer Abgaben auf diese Überstunden belohnt werden. Die Anzahl begünstigter Überstunden soll auf 20 Stunden und die Grenze für die Steuerbefreiung auf 600 Euro erhöht werden. Begünstigt sollen nur Überstunden über dem Vollzeitausmaß werden. Zusätzlich soll

die Steuerbefreiung nicht nur die Zuschläge, sondern auch den Grundlohn der Überstunde umfassen.

Wettbewerbsfähiger Industriestrompreis

Angesichts der im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Energiekosten ist die zeitnahe Einführung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises essenziell. Ein bis 2030 befristetes zielgerichtetes Modell für stromintensive Betriebe nach deutschem Vorbild schützt die industrielle Wertschöpfung, verhindert Produktionsverlagerungen und sichert qualifizierte Arbeitsplätze in Österreich.

III. Strategische Stoßrichtungen für einen starken Industriestandort

Budgetdisziplin und effiziente Mittelverwendung

Die Unterzeichnenden bekennen sich zu stabilen öffentlichen Finanzen sowie zu einer sinkenden Steuer und Staatsausgabenquote als Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Planbarkeit.

Nachhaltige Budgetpolitik, transparente Priorisierung staatlicher Ausgaben sowie der effiziente Einsatz öffentlicher Mittel sind unerlässlich, um Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen – insbesondere in Infrastruktur, Bildung, Forschung und industrielle Transformation – zu sichern.

Wettbewerbsfähigkeit sichern – durch Entlastung und weniger Bürokratie

Die Unterzeichnenden setzen sich ein für:

- eine Senkung der Lohnnebenkosten, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industriebetriebe zu stärken;
- eine substanzielle Reduktion der bürokratischen Belastungen und Verwaltungsvereinfachungen
- die Harmonisierung und Digitalisierung behördlicher Abläufe und Bauverfahren.

Energieversorgung sichern – leistbar, verlässlich, planbar

Wir bekennen uns zu einem Energiesystem, das Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet:

- langfristige Rahmenbedingungen für leistbare Energiepreise;
- beschleunigte Infrastrukturvorhaben für erneuerbare Energien, Wasserstoffwirtschaft, Speicher und Netzausbau;

- gemeinsame regionale Strategien für den zukünftigen Energiemix (Strom, Gas, Wasserstoff); technologieoffene Dekarbonisierungsoptionen für Industrieprozesse.

Transformation ermöglichen – Innovation fördern

Wir unterstützen:

- gezielte Investitionen in Forschung, Entwicklung und industrielle Leitprojekte;
- Cluster- und Netzwerkinitiativen in Schlüsselindustrien (bspw. Automotive, Maschinenbau, Mikroelektronik, Chemie, Life Sciences, Energie, Digitalisierung);
- eine koordinierte Startup-Förderung speziell in strategischen Zukunftsfeldern;
- die schnellere Umsetzung von Pilot- und Demonstrationsanlagen.

Fachkräfte sichern – Ausbildung modernisieren

Wir treten ein für:

- eine Qualifizierungsoffensive in technischen und digitalen Berufsbildern;
- die Stärkung der Lehre und dualen Ausbildung;
- erleichterte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte;
- flexible Weiterbildungsangebote für Beschäftigte im Strukturwandel.

Infrastruktur modernisieren – Clusterregionen stärken

Wir fordern:

- den beschleunigten Ausbau von Verkehrswegen, Dateninfrastruktur und Energie-Bereitstellungsnetzen;
- die Weiterentwicklung regionaler Industrie-Cluster
- die Standortentwicklung in Industrieparks und Technologiezentren durch planungs- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen.

IV. Gemeinsame Verpflichtung

Die Unterzeichnenden erklären:

- Die industrielle Basis beider Bundesländer langfristig zu sichern;
- Transformation aktiv zu gestalten – partnerschaftlich, technologieoffen, wettbewerbsorientiert;
- politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure in diesen Prozess einzubinden;
- regelmäßig über Fortschritte zu berichten und das Manifest weiterzuentwickeln.

Niederösterreich und Oberösterreich bekräftigen hiermit ihren gemeinsamen Anspruch, als Herzraum der österreichischen Industrie Verantwortung zu übernehmen – für Wachstum, Wohlstand und Zukunftssicherheit im gesamten Land.

V. Unterzeichnung

Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau von Niederösterreich

Thomas Stelzer
Landeshauptmann von Oberösterreich

Kari Ochsner
Präsident der Industriellenvereinigung
Niederösterreich

Thomas Bründl
Präsident der Industriellenvereinigung
Oberösterreich

Datum: 14. Jänner 2026

Ort: Kraftwerk Ybbs-Persenbeug